

SPD demokratischer pressediens

P/XXX/53

18. März 1975

Stärkung der innerpolitischen Partnerschaft

Bundesregierung zieht Kommunen zur Gesetzesarbeit heran

Von Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen MdB
Vizepräsident des Deutschen Bundestages und Präsident
des Deutschen Städte- und Gemeindebundes

Seite 1 / 41 Zeilen

Unser Staat bleibt ein Rechtsstaat

Besorgte Warnung vor falschen Propheten

Von Prof. Dr. Friedrich Schäfer MdB
Stellv. Vorsitzender der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion und Vorsitzender des Innenausschusses des Deutschen Bundestages

Seite 2 und 3 / 62 Zeilen

Strauß wird zu einer Gefahr für unser Land

Zwingende Lehren aus der "report"-Fernsehsendung

Von Karl Liedtke MdB
Vorsitzender des Innen-Arbeitskreises der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion

Seite 4 / 38 Zeilen

Berufsbildungs-Fiasco der Opposition

Kohle CDU auch hier ohne jede Alternative

Seite 5 und 6 / 86 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckert

5300 Bonn 12, Hausallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressehaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38
Telex: 08 66 646 - 48 pbbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 109-112, Telefon: 37 66 11

Stärkung der innerpolitischen Partnerschaft

Bundesregierung zieht Kommunen zur Gesetzesarbeit heran

Von Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen MdB

Vizepräsident des Deutschen Bundestages

und Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes

Zum 25jährigen Jubiläum des Grundgesetzes haben Städte und Gemeinden deutlich gemacht, daß die kommunale Abstammung des Grundgesetzes zu einer nicht ungefährlichen Entwicklung geführt hat, weil die Gemeinden als dritte Säule des Staates durch Folgekosten von Investitionen und durch neue Gesetze des Bundes und der Länder immer mehr mit erweiterten oder zusätzlichen Aufgaben und Ausgaben belastet worden sind, ohne daß ihr Finanzanteil an dem Gesamtaufkommen der öffentlichen Hand angemessen verbessert worden wäre. Auch mancher zwischen Bund und Ländern ausgehandelte Kompromiß ging in der Vergangenheit nicht selten zu Lasten der Kommunen.

Als neuer, bedeutsamer Schritt war deshalb ein Gespräch zu werten, das Bundeskanzler Helmut Schmidt am 1. Oktober 1974 mit den kommunalen Spitzenverbänden geführt und in dessen Anschluß er Bundesinnenminister Prof. Dr. Werner Maihofer um Prüfung gebeten hatte, in welcher Weise durch Änderung und Ergänzung der Gemeinsamen Geschäftsordnung (GGO) erreicht werden könnte, daß die besondere Stellung der Städte und Gemeinden auch in den Verfahrensregeln der Bundesregierung ihren Ausdruck findet. Der jetzt in dieser Richtung vom Bundeskabinett gefaßte Beschluß, der die Beteiligung der kommunalen Spitzenverbände an der Vorbereitung von Gesetzen, Verordnungen und Verwaltungsvorschriften des Bundes sichert, ist daher als Stärkung der Partnerschaft zwischen Bund, Ländern und Kommunen im Rahmen unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung zu begrüßen. Er ist ein Beitrag zum Ausbau des sozialen Rechtsstaates und für mehr Lebensqualität unserer Bürger.

Die Bundesregierung hat durch eine schnelle Initiative ihres Innenministers damit ein Versprechen eingelöst. Der Deutsche Bundestag steht noch im Wort, auch in seinem Bereich die Möglichkeiten zu Stellungnahmen der kommunalen Spitzenverbände in seinen Ausschüssen zu verbessern. Es ist zu hoffen, daß die im Geschäftsordnungsausschuß dazu vorliegenden Entwürfe bald verabschiedet werden und der Bundestag in seinem Angebot an die kommunale Selbstverwaltung nicht hinter den Entscheidungen der Bundesregierung zurückbleiben wird. Auch die Legislaturperiode muß durch eine verstärkte Mitberatung der Städte und Gemeinden durch ihre Spitzenverbände immer wieder daran erinnert werden, daß, wer Wohltaten beschließt, sich auch Gedanken machen muß, wer sie ausführt und wer sie letztlich bezahlt. In vielen Kommunen ist längst die kritische Schuldengrenze erreicht.

Von der Bundesregierung, die durch die Ergänzung der Gemeinsamen Geschäftsordnung einen richtigen Schritt zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung im Sinne des Grundgesetz-Artikels 28 getan hat, und von Bundestag und Bundesrat ist zu erwarten, daß sie dem weiteren Ausbau der verfassungsrechtlich notwendigen Mitverantwortung der Kommunen auch in ihren künftigen Entscheidungen den erforderlichen Rang einräumen. Die Vorstellungen der kommunalen Spitzenverbände dazu liegen auf dem Tisch.

(-/18.3.1975/bgy/pr)

Unser Staat bleibt ein Rechtsstaat

Besorgte Warnung vor falschen Propheten

Von Prof. Dr. Friedrich Schäfer MdB

Stellv. Vorsitzender der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion
und Vorsitzender des Innenausschusses des Deutschen Bundestages

Die Entführung des Berliner CDU-Vorsitzenden Peter Lorenz hat die Diskussion um die Innere Sicherheit unseres Landes schlagartig in den Vordergrund des öffentlichen Interesses gerückt. Uns alle hat die Tatsache nicht unberührt gelassen, daß der Staat sich gezwungen sah, auf die Forderungen einer Gruppe entschlossener Verbrecher einzugehen. In den zahlreichen Reaktionen darauf wird vielfach die Frage erörtert, ob die staatlichen Behörden im konkreten Fall richtig reagiert haben und ob unser Rechtsstaat überhaupt tauglich ist, auf derartige Anschläge adäquat zu reagieren. Die Berechtigung dieser Fragestellung steht außer Frage. Problematisch ist nur die Antwort, die in manchen Kommentaren darauf gegeben wird. So steht in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" zu lesen: "Im Fall Lorenz war nicht der Rechtsstaat gefordert, sondern der Staat."

Ich meine, das ist eine äußerst gefährliche Differenzierung. Ist unser Gemeinwesen teilbar in Rechtsstaat und Staat? Kann man die Betonung auf den "Staat" legen und das ihm immanente Attribut des Rechts abtrennen oder auch nur hintenstellen? Staat und Rechtsstaat sind nach unserem Verständnis absolut deckungsgleich. Der Staat des Grundgesetzes kann nur als Rechtsstaat, d.h. als ein Gesetz und Recht gebundener Gesetzessstaat handeln. Eine einseitige Betonung der Macht und Gewalt läßt er nicht zu, denn Macht kann nur zur Durchsetzung des Rechts angewandt werden. Anderenfalls setzen wir uns der Gefahr einer Staatsmacht ohne Recht aus, der Willkür und letztlich der Zerstörung des Ordnungscharakters unseres Staates. Ein Artikel in der "Welt" aus der Feder ihres Mit-Chefredakteurs Dr. Herbert Kremp zeigt mit aller Deutlichkeit diese Gefahren auf. Er schreibt: "Nur durch-

dauchte, geplante Gegengewalt kann helfen. Sie muß in Staatsregie bleiben. Die Armee muß einbezogen werden." Hier wird nun eindeutig gefordert, rechtsstaatliche Grundsätze zu verlassen. Man muß sich fragen, ob der Fraktionsführer der Opposition, Prof. Dr. Karl Carstens, das auch gemeint hat, als er die rechtsstaatliche Verfahrensweise bei der Abwehr verfassungsförderlicher Kräfte als juristisches Geiswerk abqualifizierte?

Es geht nicht nur um die Verletzung von Rechtsprinzipien, damit wird unsere staatliche und politische Kultur grundsätzlich infrage gestellt. Unabhängig davon sei denen, die mit solchen Gedanken spielen, gesagt, daß damit nichts gewonnen wäre. Sie tun den Terroristen nur den Gefallen, sich als Kombattanten im "Vollkrieg" zu gerieren.

Unser Rechtsbewußtsein darf durch die Aktionen der Terroristen keinen Schaden nehmen. Dazu wäre es gut, das Verhalten der Behörden im Falle Lorenz kühl und mit aller Sachlichkeit zu überdenken. Sicher waren die Entscheidungen jener Tage nicht souverän, sondern Ausdruck einer von Verbrechen heraufbeschworenen Zwangslage. Hat sich der Rechtsstaat wirklich als schwach oder gar untauglich erwiesen, weil man auf die Forderungen der Anarchisten eingegangen ist? Hat der Staat tatsächlich vor den Terroristen kapituliert? Die erpresserische Geiselnahme von Peter Lorenz hat den Staat in eine Konfliktsituation gebracht. Die Behörden sahen sich vor zwei Rechtsforderungen gestellt: Das Leben der Geisel zu schützen und ebenso das Recht durchzusetzen, wobei beide zusammen nicht durchsetzbar waren. Die Verantwortlichen haben sich für die einzig mögliche Lösung entschieden, der Rettung des Lebens den absoluten Vorrang zu geben.

Man muß in diesem Zusammenhang den Regierenden Bürgermeister von Berlin, Klaus Schütz, zitieren, der vor einigen Tagen in der Debatte des Bundestages zur Inneren Sicherheit ausführte: "Wir haben Recht und Ordnung nicht verlassen, nicht verletzt. Ganz im Gegenteil, Recht und Ordnung wurden in einer Weise angewandt, wie es den Prinzipien entspricht, die sich unsere Gesellschaft selber gegeben hat... Allein unsere Gesellschaft und allein unsere Staatsform ist es, die dem Recht auf Leben und der Freiheit des einzelnen die absolute Priorität sichert." Man kann Klaus Schütz nur zustimmen, wenn er feststellt: "Unser Staat hätte zutiefst Schaden genommen, wenn er Peter Lorenz allein wegen eines Prinzips geopfert hätte."

Es paßt wahrscheinlich in das Konzept der Terroristen, daß nun lautstark die Forderung nach dem starken Staat in unserem Lande erhoben wird. Wir aber wollen den starken, effektiven Rechtsstaat und werden seine Möglichkeiten zur Bekämpfung der Terroristen voll einsetzen.

(-/18.3.1975/ke/pr)

+ + +

Strauß wird zu einer Gefahr für unser Land

Zwingende Lehren aus der "Report"-Fernsehsendung

Von Karl Liedtke MdB

Vorsitzender des Innen-Arbeitskreises
der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion

Der CDU-Vorsitzende Franz Josef Strauß hat in der "report"-Sendung des deutschen Fernsehens nur verworrene Geschwätzigkeit, unverhohlene Arroganz und unüberbrückbare Konfrontation geboten. Seine Intelligenz, auf die er sich verdächtig oft beruft, hat nichts mehr mit Vernunft zu tun. Seine Unberechenbarkeit ist eine Gefahr für unser Land.

Der in die Ecke gedrängte Strauß buhlt um die Gunst des Publikums. Er versucht uns jetzt einzureden, ihm gehe es um die Sache, nicht um die eigene Macht: "Wenn ich zur Macht wollte, würde ich mich ganz anders verhalten. Da würde ich versuchen, mich einschmeichelnder Redensarten zu bedienen, dann würde ich versuchen, die Öffentlichkeit durch gefällige Worte für mich zu gewinnen. Dafür bin ich nicht bekannt. Das ist nicht mein Stil." In der Tat, das ist nicht sein wahrer Stil. Und niemand wird ihm jetzt abnehmen, wenn er sich schlicht als "unbequemer Mahner" hinstellt. Er ist nicht nur ein Prophet düsterer Zukunftsvisionen, sondern ein Brandstifter der Angst und der Katastrophe. Er kann mit seinen jetzigen rhetorischen Verbeugungen nicht mehr verdecken, was er in Sonthofen sagte: "Die Emotionalisierung der Bevölkerung, und zwar die Furcht, die Angst und das düstere Zukunftsbild sowohl innenpolitischer wie außenpolitischer Art machen die Wahlergebnisse von morgen aus."

Millionen Fernsehzuschauer haben es erneut gehört: Strauß nimmt von dem, was er in Sonthofen gesagt hat, nichts zurück. Strauß interpretierte nur Strauß. Was er dabei von sich gibt, ist der erneute frontale Angriff gegen die SPD. Im demokratischen Sozialismus sieht er die Freiheit gefährdet, und mit dieser irrealen Vorstellung verschafft er sich das Alibi, im "Grundsätzlichen" die Konfrontation herzustellen. Mit anderen Worten hat er wieder bestätigt, daß es für ihn keine Solidarität der Demokraten gibt.

Strauß behauptet weiter: SPD und FDP überlassen diesen Staat Kriminellen und politischen Gangstern. Er versucht, der sozialliberalen Koalition jetzt als Charakterisierung ihrer Verhaltensweisen Inflationierung und wirtschaftliche Krisenerzeugung anzulasten. Mit diesen und anderen Äußerungen disqualifiziert er sich selbst. Ihm fehlt nicht nur der demokratische Stil der Auseinandersetzung, sondern auch die demokratische Gesinnung. Es ist unerträglich, wenn die CDU sich ihm weiter unterordnet, wenn sie es zuläßt, daß Strauß sich als Kanzlerkandidat im Gespräch hält. Wortreich hat er nämlich erneut bekundet, daß er sich - natürlich nur wenn er gerufen werde - als Kanzlerkandidat bereit halte. Es ist an der Zeit, daß Franz Josef Strauß von der CDU gezwungen wird, politische Konsequenzen zu ziehen.

(-/18.3.1975/sa/pr)

+ + +

Berufbildungs-Fiasco der Opposition

Kohl CDU auch hier ohne jede Alternative

In der Debatte um die Reform der beruflichen Bildung folgen die CDU-Spitzenpolitiker Dr. Helmut Kohl und Dr. Bernhard Vogel ihrem geliebten Führer Franz Josef Strauß bedingungslos. Auf dem Berufsbildungskongress der CDU in Saarbrücken lehnten Kohl und Vogel den Referentenentwurf der sozial-liberalen Koalition für ein neues Gesetz zur Berufsbildung pauschal und kategorisch ab. Sie verhielten sich damit so wie der CSU-Vorsitzende Strauß, der in seiner Sonthofener Rede auch die Berufsbildung in seine politische Chaos-Strategie einbezogen hat.

Strauß in Sonthofen: "Ich will überhaupt nicht im Kleinen sagen, was wir uns vorstellen mit der Krankenhausesfinanzierung, mit der Berufsausbildung, mit der Sanierung der öffentlichen Krankenkassen usw."... "Wenn man anfangen würde, eine Berufsausbildungsabgabe, ein Ausbildungssteuergesetz etwa zu erlassen - dies ist alles recht und schön -, wären wir immer in der undankbaren Lage, 'Nein' dazu sagen zu müssen und dann prompt als Reaktionsäre, als Arbeitnehmerfeinde, als Unternehmerinteressenvertreter zu gelten. Aus diesem Grunde können wir unsere Warnungen und unser Nein nur pauschal aussprechen, denn die Krise muß so groß werden, daß das, was wir für die Sanierung notwendig halten, dann auf einem psychologisch besseren Boden beginnen kann als heute."

Das ist eindeutig. Strauß will zu Lasten der jungen Menschen in der Bundesrepublik das Chaos in der beruflichen Bildung; er will die Krise. Die Jugendlichen in der Bundesrepublik sollen keine Ausbildungsplätze mehr finden, sie sollen auf der Straße liegen, sie sollen arbeitslos werden. Denn nur wenn die Krise groß genug ist, sieht sich Franz Josef Strauß seinem Ziel näher, die politische Macht in der Bundesrepublik übernehmen zu können. Offen bekannte der CSU-Führer in Sonthofen: "Zur Taktik jetzt: Nur anklagen und warnen, aber keine konkreten Rezepte etwa nennen."

Dieses Rezept des Franz Josef Strauß befolgten auf dem CDU-Berufsbildungskongress in Saarbrücken auch der CDU-Vorsitzende Dr. Helmut Kohl und der rheinland-pfälzische Kultusminister Dr. Bernhard Vogel. Kohl polemisierte, verwarf den Entwurf von Bundesbildungsminister Helmut Rohde, lehnte alles ab, ohne auch nur die Konturen einer Alternative, eines eigenen CDU-Programms aufzuzeigen. Dabei war Kohl aus den Reihen seiner eigenen Partei, vom Arbeitnehmerflügel der CDU/CSU-Bundestagesfraktion gewarnt worden, daß die Unions-Parteien keine "Politik der Obstruktion und des bloßen Nein-Sagens in Sachen Lehrlingsausbildung" betreiben dürften. Unter Hinweis auf die "verheerende Wirkung" der Sonthofener Strauß-Rede erklärte der Arbeitnehmerflügel der Unions-Parteien, daß Millionen junger Menschen und Zehntausende von Betrieben von der CDU konkrete und gegenüber den Regierungsvorstellungen weiterführende Vorschläge erwarten.

Die Jugendlichen haben umsonst gewartet, und sie werden weiter warten müssen. Denn im Schleppe des CSU-Führers Strauß haben Kohl und

Bernhard Vogel den jungen Menschen in der Bundesrepublik nichte anzubieten. Die CDU/CSU hat keine konkreten Vorschläge zur Sicherung des Ausbildungsplatzangebots, zur besseren und effektiveren Zusammenarbeit der verschiedenen Gremien in der beruflichen Bildung auf Bundesebene, zur kontinuierlichen Verbesserung der Ausbildungsqualität für die Jugendlichen.

All das wollen aber die Sozialdemokraten mit dem Gesetzentwurf zur beruflichen Bildung verwirklichen. In dem Referentenentwurf des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft ist ein Finanzierungssystem enthalten zur Sicherung eines ausreichenden und qualifizierten Ausbildungsplatzangebotes, wird die berufliche Bildung besser als bisher organisiert, wird die Ausbildung und Weiterbildung in einer Art Baukastensystem miteinander verbunden und wird die Gleichwertigkeit der beruflichen Bildung im Gesamtbildungssystem angestrebt.

Die SPD will der Mehrheit der Jugendlichen in der Bundesrepublik helfen, eine zukunftssichere Berufsausbildung zu erhalten. Sie weiß, daß sie sich dabei mit mancherlei Widerständen auseinandersetzen muß. Fortschritte müssen auf diesem Gebiet hart erkämpft werden. Das Engagement des Bildungsministers zeigt das.

Die CDU/CSU aber hat nicht nur keine Alternative, sondern sie will auch keine haben. Das hat nicht nur der sogenannte Berufsbildungskongreß in Saarbrücken gezeigt, sondern auch die Bundestagesdebatte über Jugendarbeitslosigkeit und Lehrstellenmangel. Auf Vorschläge der sozialliberalen Regierung gehen die Oppositions-Parteien nicht ein, Tatsachen wollen sie nicht zur Kenntnis nehmen. Helmut Kohl, Bernhard Vogel und andere CDU-Größen handeln auch bei der beruflichen Bildung getreu der Devise ihres geistigen Führers Franz Josef Strauß: "Nur anklagen und warnen, aber keine konkreten Rezepte etwa nennen."

Dieter Hauzer
(-/18.3.1975/se/bgy/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller